



Der Stuttgarter Bezirksleiter der IG Metall, Jörg Hofmann, verweigert bei Iveco in Ulm die Annahme des Sparpakets.

Foto: Volkmar Könneke

Die Rente reicht nicht aus

IG Metall demonstriert bei Iveco gegen Sparpläne der Bundesregierung

Facharbeiter haben künftig zu wenig Rente und nicht ausreichend Geld für ihre Gesundheit. Daher kritisiert die IG Metall das politische Sparpaket.

FRANK KÖNIG

Ulm. Die Sparpläne der Bundesregierung in Sachen Gesundheitsreform und Rente mit 67 vertiefen die Spaltung in der Gesellschaft. Diesen Standpunkt vertrat der Stuttgarter Bezirksleiter der IG Metall, Jörg Hofmann, gestern bei einer Kundgebung vor dem Iveco-Werk.

Hofmann warf der Regierung vor, nichts aus der Krise gelernt zu haben. Während Manager – vor allem in den Banken – „in römischer Dekadenz“ das Geld verprassten, werde

für die kleinen Leute Gesundheit zu einer Frage des Geldbeutels und die Rente zur Armutsfalle. Die Rente mit 67, die nun politisch zur Überprüfung anstehe, sei nichts anderes als ein „gigantisches Rentensenkungsprogramm“. Hofmann rechnete vor, dass ein Facharbeiter mit 1100 Euro Rente zu rechnen habe. Wenn er vorzeitig in den Ruhestand gehen möchte, seien es 1000 Euro, netto sogar nur noch 800 Euro.

Die IG Metall sammelt daher Unterschriften gegen die Sparpläne, die auch vor dem Iveco-Werkstor im Postkartenformat in „Sparpakete“ aus Karton eingeworfen wurden. Auf den Kartons gibt es den Aufdruck: „Schadhaft, zurück an Absender, Annahme verweigert“. An der Aktion bei Iveco beteiligten sich nach Angaben der IG Metall mehr

als 1000 Gewerkschafter, darunter von Deutz, Brehm, Schwäbische Härtetechnik, Kamag, Alt-Kögel.

Michael Braun von der IG Metall Ulm sagte, in Deutschland würden derzeit die Fundamente des Sozialstaats eingerissen. Man fühle sich solidarisch mit den Streikenden in Frankreich, wo ebenfalls das Rentenalter erhöht werden soll.

Der Ulmer Iveco-Betriebsratsvorsitzende Bernhard Maurer zeigte sich verständnislos, dass ein Arbeiter 51 Jahre durchhalten muss, um die Rente ohne Abschläge zu erhalten. Alle Vorruhestandsprogramme, die beim Betriebsrat immer wieder nachgefragt würden, seien ausgelaufen. Bei Iveco in Ulm gebe es dafür nach alten Kriterien 300 Anwärter. Zum Thema Leiharbeiter sagte Maurer, die jungen Leiharbeiter, die wäh-

rend der Krise abgebaut wurden, kehrten nun wieder ins Iveco-Werk zurück, ohne bisher eine Festanstellung und die Chance zum Aufbau einer eigenen Zukunft erhalten zu haben: „Das sind unsere Kinder.“ Maurer stellte die Frage, ob die unnötig geforderten Zuwanderer künftig die Leiharbeiter als noch billigere Arbeitskräfte ersetzen sollten. Auch Hofmann hatte Leiharbeit als „Spaltpilz“ der Gesellschaft bezeichnet.

Zur Lage bei Iveco nach der angekündigten Abspaltung von Fiat Anfang 2011 sagte Maurer, es gebe keinerlei Informationen über die Zukunft des Nutzfahrzeugherstellers, auch nicht über eine mögliche Fusion mit Daimler (wir berichteten). Die Lkw-Produktion in Ulm ist wieder voll ausgelastet. Kurzarbeit gibt es nur noch in Randbereichen.